

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Heinrich G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 39/39
Telex: 8 88 846 ppbn d

Inhalt

Willy Brandt MdB, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, würdigt Leben und Arbeit des ehemaligen Arbeits- und Sozialministers, Walter Arendt, der am 17. Januar 60 Jahre alt wird: Gestalter sozialdemokratischer Sozialpolitik. Seite 1

Mechthild Rothe MdEP fordert einen EG-Beitrag für die Lösung der Probleme Zyperns: Hoffnung für die Inselrepublik? Seite 4

Dokumentation
Die Kultursenatorin der Freien und Hansestadt Hamburg, Helga Schuchardt, hat auf die sozialen und kulturellen Gefahren hingewiesen, die aus den Medien resultieren. Wir dokumentieren einige Passagen aus dem Vortrag der Politikerin vor dem Hamburger Übersee-Club am 10. Januar. Seite 5

40. Jahrgang / 11

16. Januar 1985

... daß sich die Schwachen nicht krumm machen müssen

Walter Arendt, dem Gestalter unserer Sozialpolitik, zum 60. Geburtstag

Von Willy Brandt MdB

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

"Warum ich Sozialdemokrat bin", hat Walter Arendt, der am 17. Januar 1985 60 Jahre alt wird, einmal geschrieben. "Ist leicht beantwortet: Weil unsere Welt eine Ordnung braucht, in der die Schwachen nicht zu kurz kommen. Eine Ordnung ohne Krieg, Ausbeutung und Unterdrückung. Weil wir Solidarität zwischen den Menschen und Frieden zwischen den Völkern brauchen ... Ich bin Westfale. Ich war im Bergbau, wie mein Vater und mein Großvater. Von ihnen habe ich gelernt, daß die Welt kein Jammertal zu sein braucht. Sie haben mir Förderturm und Zeche als Symbol für die Veränderungsbedürftigkeit des menschlichen Zusammenlebens gezeigt. Sie haben mich gelehrt, daß die Schwachen sich zusammenschließen müssen, damit die Starken nicht verleitet werden, die Schwäche der Schwachen auszunützen. Ich brauchte nur den Krieg zu überstehen, um in die Gewerkschaft und in die SPD einzutreten."

Walter Arendt, der in Heessen bei Hamm geboren wurde, begann mit 14 Jahren, im Bergwerk zu arbeiten. Nach Arbeitsdienst, Krieg und Kriegsgefangenschaft besuchte er zwischen 1947 und 1949 die Akademie der Arbeit in Frankfurt und die Akademie für Gemeinwirtschaft in Hamburg. Anschließend kam er in die Presseabteilung der IG Bergbau und Energie. Schon sehr früh - Walter Arendt war erst 30 Jahre alt - wählten ihn die Delegierten in den geschäftsführenden Vorstand seiner Gewerkschaft. Neun Jahre später, 1964, wurde er mit 294 von 300 Stimmen zum ersten Vorsitzenden gewählt. Der Internationale Bergarbeiterverband bestellte ihn 1967 zum Präsidenten.



In die SPD eingetreten ist Walter Arendt 1946, 1961 wurde er in den Deutschen Bundestag gewählt, dem er bis 1980 angehörte. Als er 1976 das letzte Mal für das Bonner Parlament kandidierte, unterstützten ihn im Wahlkreis Herne/Castrop-Rauxel 62 Prozent der Wählerinnen und Wähler. Von 1961 bis 1969 war er auch Mitglied im Europaparlament. Auf dem Parteitag 1968 in Nürnberg wurde er in den Parteivorstand gewählt und gehörte ihm bis 1979 an, von 1973 bis 1979 auch dem Parteipräsidium.

Die Zeit von 1969 bis 1976, in der Walter Arendt das Amt des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung innehatte, war eine sehr fruchtbare Periode bundesdeutscher Sozialpolitik. Die Amtszeit Walter Arendts - man kann geradezu von einer Ära Arendt sprechen - war geprägt vom Ausbau des Sozialstaats, von dem Bemühen, den Sozialstaatsauftrag des Grundgesetzes zu erfüllen. Verfassungsnorm und Verfassungswirklichkeit in Einklang zu bringen, vieles von dem aufzuarbeiten und nachzuholen, was wegen der politischen Mehrheitsverhältnisse vorher versäumt worden war.

Walter Arendt erwies sich als beharrlicher Gestalter sozialdemokratischer Sozialpolitik. Drei Leitlinien waren für ihn maßgebend:

1. Als notwendig erkannte Sozialleistungen wurden begründet und in Form von Rechtsansprüchen abgesichert. Dazu gehörten zum Beispiel die 1970 erfolgte Aufnahme von Früherkennungsuntersuchungen in den Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung, die Schaffung eines Konkursausfallgeldes, das rückständige Lohnforderungen abdeckt, und die arbeitsrechtliche Fundierung der betrieblichen Altersversorgung.
2. Wenn es geboten war, wurden Bevölkerungskreise in den Schutz der sozialen Sicherung einbezogen, die zuvor keinen Zugang dazu hatten. Exemplarisch genannt seien die im Rahmen der Rentenreform 1972 vorgenommene Öffnung der gesetzlichen Rentenversicherung für Selbständige und Hausfrauen sowie die Einbeziehung aller Angestellten, der Landwirte, ihrer mithelfenden Familienangehörigen, der Aلتenteiler, Studenten und Praktikanten in die gesetzliche Krankenversicherung.
3. Sozialleistungen wurden weitgehend dynamisiert, um ihre Bezieher vor Kaufkraftverlusten zu bewahren und um ihnen eine Teilhabe an der allgemeinen Einkommensentwicklung zu ermöglichen. Dynamisiert wurden vor allem auch die Kriegsofferrrenten, und zwar im Jahre 1970.

Besonders große Verdienste hat sich Walter Arendt in der Politik für Behinderte erworben. Bereits ein halbes Jahr nach seinem Amtsantritt legte er das "Aktionsprogramm zur Förderung der Rehabilitation" vor, mit dem mancher weiße Fleck beseitigt wurde, der die Landkarte der Behindertenpolitik kennzeichnete. Die Gesetzgebung orientierte sich nicht mehr an der Ursache, zum Beispiel einer Kriegs- oder Arbeitsverletzung, sondern an der Art und Schwere der Behinderung, um möglichst allen Betroffenen eine Eingliederung oder Wiedereingliederung in Arbeit, Beruf und Gesellschaft zu ermöglichen.

Der Vater Walter Arendts, ein Bergarbeiter, starb mit 57 Jahren an einer Steinstaublunge. Solche und ähnliche Erfahrungen waren es, die den Sohn dazu veranlaßten, sich nachhaltig für die Humanisierung des Arbeitslebens einzusetzen, und zwar durch die Herstellung entsprechender staatlicher Rahmenbedingungen (Verordnung über gefährliche



Arbeitsstoffe, Arbeitsstättenverordnung, Arbeitssicherheitsgesetz, neues Jugendarbeitsschutzgesetz) sowie durch eine Intensivierung der Forschung auf diesem Felde, die sich sichtbar im "Aktionsprogramm Forschung zur Humanisierung des Arbeitslebens" ausdrückte, das Walter Arendt 1974 gemeinsam mit Hans Matthöfer entwickelt hat.

Walter Arendt, der es von jeher als eine seiner zentralen Aufgaben ansah, die Lebens- und Arbeitsverhältnisse der abhängig Beschäftigten zu verbessern, nutzte die Chancen, die ihm das Ministeramt bot, um die Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte der Arbeitnehmer zu stärken. Im Jahre 1972 trat eine umfassende Reform des Betriebsverfassungsgesetzes in Kraft, die den Einfluß der Arbeitnehmer auf der Betriebsebene erweitert hat. Das Jahr 1976 schließlich brachte das Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer, das sich auf die Unternehmensebene erstreckte.

Der 60. Geburtstag Walter Arendts ist ein guter Anlaß, ihm zu danken und an die Leistungen dieses vorbildlichen Gewerkschafters und Sozialdemokraten zu erinnern, eines Mannes, dem es darum geht, daß sich die Schwachen nicht krumm machen müssen, der für ein Stück aufrechten Gangs steht. Jetzt an die Leistungen Walter Arendts zu erinnern, macht auch deshalb einen guten Sinn, weil vieles von dem wofür er so leidenschaftlich gekämpft hat, unter den Schlitten einer Wendepolitik geraten ist, die aus einer grundsätzlich anderen Haltung heraus betrieben wird, als sie den ehemaligen Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung kennzeichnet. Dies gilt auch dann, wenn man feststellen muß, daß die Voraussetzungen schwieriger geworden sind, unter denen Sozialpolitik stattfindet. (-/16.1.1985/rs/ks)

+ + +



Hoffnung für die Zyprioten?

Die EG muß einen Beitrag zur Lösung der Probleme der Insel-Republik leisten

Von Mechthild Rothe MdEP

Es ist zu hoffen, daß der 17. Januar ein historisches Datum für die Zukunft des zypriotischen Volkes wird. In New York werden der Präsident der Republik Zypern, Spyros Kyprianou, und der Führer der türkischen Volksgruppe Zyperns, Raulf Denktasch, zu einem Gipfelgespräch zusammentreffen.

Nach der Besetzung des Nordens der Insel Zypern durch türkische Streitkräfte im Jahre 1974 und der 1983 erfolgten einseitigen Ausrufung eines türkisch-zypriotischen Staates ist dieses der erste offizielle Kontakt zwischen den Vertretern der beiden Seiten des geteilten Zyperns. Während der griechische Staatspräsident Andreas Papandreu in diesem Dialog eine historische Chance zur Überwindung der Teilung Zyperns sieht, erfuhr ich in Nikosia in Gesprächen mit maßgeblichen Politikern eher große Skepsis.

Meine Gesprächspartner sahen in den gesetzten Bedingungen der türkisch-zypriotischen Seite kaum zu überwindende Barrieren für eine Einigung. Die Bedingungen, die Raulf Denktasch mit nach New York nimmt, sind unter anderem ein grundsätzliches Vetorecht für den türkisch-zypriotischen Teil eines gemeinsamen Parlamentes, das Besetzungsrecht für den Vizepräsidenten, den Außen- und Wirtschaftsminister, zudem ein Drittel aller Parlamentssitze für die türkisch-zypriotische Volksgruppe.

Sicher würde bei einem Festhalten an diesen Forderungen keine tragfähige Basis für eine gesicherte Zukunft eines geeinigten Zyperns möglich sein. Doch optimistisch stimmt zugleich, daß erstmals ernsthafte Bestrebungen sichtbar sind, eine politische Lösung für Zypern zu finden. Die Europäische Gemeinschaft steht hier in besonderer Verpflichtung. Die Verurteilung der Besetzung Nordzyperns und die Nichtanerkennung des türkisch-zypriotischen Pseudo-Staates war ein wichtiger - aber nur verbaler - Akt.

Es wäre eine verstärkte Einflußnahme auf die Türkei zu fordern, dem Friedenswillen und dem Einigungswillen der 600.000 Zyprioten und insbesondere der 200.000 Flüchtlinge nicht im Wege zu stehen. Vor allem aber fordere ich den EG-Ministerrat auf, bei der geplanten Zollunion der EG mit der Republik Zypern endlich zu Fortschritten zu kommen; diese würde nämlich einen nicht zu unterschätzenden wirtschaftlichen Druck auf den türkisch beeinflussten Norden ausüben, sich in den Einigungsverhandlungen kompromißbereiter zu zeigen.
(-/16.1.1985/rs/ks)

+ + +



D O K U M E N T A T I O N

"Aus dem Volk der Dichter und Denker werden stumpfsinnige Empfänger"

Helga Schuchardt, die (parteilose) Kultursenatorin der Freien und Hansestadt Hamburg hielt am 10. Januar vor dem Übersee-Club der Elbe-Metropole einen stark beachteten Vortrag, der sich mit Gefahren und Risiken der neuen Medien befaßte. Wir dokumentieren daraus einige Passagen, die sich mit den kulturellen und sozialen Folgen des Privatfernsehen auseinandersetzen.

Ich behaupte: Stand am Beginn der Industrialisierung die Forderung nach sozialer Abfederung, um die Entwicklung für alle Menschen auch zu einem Vorteil werden zu lassen - eine Notwendigkeit, die ja bewiesen ist - so muß heute, zu Beginn der rasanten Entwicklung in die Medien- und Freizeitgesellschaft hinein die Forderung nach einer kulturellen Abfederung stehen. Dies ist deswegen so bedeutsam, weil die wenigsten von uns mit Freizeit kreativ umzugehen wissen. Mit jedem zusätzlich entstehenden Medienangebot steigt das Risiko, daß wir nicht mehr allein im materiellen, sondern immer mehr auch im geistigen Sinne zur Konsumgesellschaft verkümmern. Auf der Strecke bleibt die Kreativität des Menschen. Aus dem Volk der Dichter und Denker, also der geistigen Sender als Aktivposten, werden stumpfsinnige, sprachlose Empfänger.

Ich gehöre nicht zu denjenigen, die der Auffassung sind, daß die Anzahl von Fernsehprogrammen die eigentliche Katastrophe ist, die auf uns zukommt. Die Gefahr liegt vielmehr darin, daß eine Gleichschaltung auf Unterhaltung und Bequemlichkeit abgestellter Angebote zwangsläufig zu geistigem Niveauverlust führt. Nivellierung, Vermassung und Gleichmacherei ist der Vorwurf kapitalistischer Systeme an den Kommunismus. Ironischerweise wird aber genau von den Gruppierungen unserer Gesellschaft dieses Ergebnis herbeigeführt, die diese Vorwürfe erheben.

Wer zum Beispiel die ersten Tagesschauangebote von SAT 1 erleben durfte, kann nur tief erschüttert sein über das Niveau der aktuellen Meldungen, die man meint, seinem Zuschauer zumuten zu können. Nicht die weitbewegenden und damit wesentlich für unsere Zukunft sich auswirkenden Themen waren da gefragt, sondern die banalen Nachrichten. Es wird also auf die Bequemlichkeit des Menschen, die ja bei uns allen vorhanden ist, abgestellt und nicht auf eine geistige Auseinandersetzung.

Die Bundesrepublik Deutschland hat ein großes Wirtschaftspotential, verfügt aber nur über ein sehr geringes Potential an natürlichen Ressourcen. Wir sind ein rohstoffimportabhängiges Land. Unsere Ressourcen sind das Know-how und die Kreativität des Menschen. Wenn wir nun aber durch fahrlässiges Umgehen mit den neuen Technologien unser geistiges Potential gefährden, gefährden wir auch in massiver Weise unsere wirtschaftliche Zukunft und damit unseren Wohlstand.

Die neuen Medien werden einen internationalen Verbund ohne Beispiel schaffen. Dieses kann die Chance erleichtertem Verständigung zwischen den Völkern bieten, aber ich fürchte, daß die Internationalisierung unserer Medien nationale und regionale kulturelle Identitäten gefährden wird. Der Ankauf von Billigprodukten wie DALLAS und DENVER (infolge ihrer schon mehrfach erfolgten Amortisation) wird eine Standardisierung des Programmangebots und eine Dominierung der "reichen Kulturen" zur Folge haben. Dies führt zwangsläufig zu einer internationalen Standardisierung und damit zur Monopolisierung einiger weniger Geschmacksrichtungen in unserer aller Köpfe. Die Vielfarbigkeit der Kulturen auf dem Erdball wird dann in Gefahr geraten und damit auch die Identität vieler, gerade kleiner und mittlerer Völker.

Ich möchte deshalb auf eine Frage der aktuellen Medienauseinandersetzung eingehen, die mir für die kulturelle Entwicklung nicht nur national von zentraler Bedeutung zu sein scheint. Die Finanzierbarkeit der Kanalvielfalt in den Medien hat ihre Grenzen. Ge-



bühren sind nicht beliebig vermehrbar, auch haben die Budgets für Werbung der Privatwirtschaft ihre Grenzen. Dieses wird dann dazu führen, die Programmangebote in einem sehr engen Finanzrahmen kalkulieren zu müssen. Billig zu erwerbende Programmangebote und die erwähnte Standardisierung sind die Folge. Also werden wir bereits in unseren Mediengesetzen Vorkehrungen treffen müssen, die einen bestimmten Prozentsatz von Eigenproduktionen aus unserem Kulturraum zwingend vorschreiben.

Ganz im Gegensatz zu anderen demokratischen Ländern kennen wir verbindlich vorgeschriebene Eigenproduktionsquoten auch heute nicht in unseren öffentlich-rechtlichen Anstalten. Damit wir überhaupt eine eigene Filmkultur erhalten können, wird bereits heute die Filmwirtschaft mit enormen Mitteln subventioniert, und dabei findet sogar noch ein Subventionswettbewerb zwischen den verschiedenen Städten statt. Stellen wir also durch die Gesetzgebung nicht schon heute politisch die richtigen Weichen, müssen wir entweder Fehlentwicklungen in Kauf nehmen, oder wir werden zur nachträglichen Korrektur ein Förderungsvolumen der öffentlichen Hände provozieren, um den schlimmsten Auswirkungen entgegenzuwirken.

Aber nicht nur aus Gründen der kulturellen Identität von Völkern und Regionen, sondern auch aus wirtschaftspolitischen Gründen sollten wir einen Eigenproduktionsanteil verbindlich vorschreiben. Wir erwarten für die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt gerade hier in Hamburg durch die Medienentwicklung neue Impulse. Wenn aber die Sender hier nur ihren Standort haben, nicht aber auch das Programmangebot zumindest zu einem erheblichen Teil hier produzieren, wird es neben der kulturellen Fehlentwicklung keine wirklich positive Auswirkung auf unsere Wirtschaft haben. So absurd es zunächst klingen mag, so richtig ist es dennoch. Trotz des höheren Kanalangebotes ist damit noch nicht einmal gewährleistet, daß die Produktionen zum Beispiel im Studio Hamburg oder auch im Filmhaus mehr werden - ich fürchte, sie werden eher geringer. Und das kann doch eigentlich nicht unser Ziel sein.

Die zunächst einmal liberal erscheinende Grundhaltung, daß es jeder Programmbetreiber frei in der Hand hat, die Programme auszustrahlen, die er für richtig und finanzierbar hält, muß gegengerechnet werden den Verlust an Liberalität, die zuallererst ausgerichtet sein muß an Pluralität, Vielfarbigkeit und Chancengleichheit. Ich kann deshalb nur hoffen, daß die jetzt laufenden Diskussionen die Einsicht in diese Forderung noch schaffen.

Lassen Sie mich auf eine weitere Herausforderung eingehen, vor die uns die neuen Technologien stellen: die zunehmende Kommunikation über Kabel oder Satelliten reduziert die direkte Begegnung zwischen Menschen. Dies gilt nicht nur durch die bequeme Nutzung der Medienangebote, sondern ebenso für den Arbeitsplatz. Die Folge werden Vereinzelung und Vereinsamung und die daraus resultierende Unfähigkeit zur zwischenmenschlichen Beziehung sein. Die Symptome sind heute schon zu sehen. Die sogenannten "aktiven Jahrgänge" der 20- bis 60jährigen werden zur Zeit noch damit fertig. Aber die Jüngeren und Älteren spüren dies schon direkt und unmittelbar. Doch bald werden auch unsere Jahrgänge mehr und mehr von der Vereinzelung erfaßt, sei es am Arbeitsplatz oder auch zu Hause.

Die Industrialisierung hat bereits zur erheblichen Reduzierung der Arbeitszeiten für die Menschen geführt und sie damit immer mehr in die Freizeit entlassen. Dieser Entwicklungsprozeß wird natürlich durch die neuen Technologien fortgesetzt wer-



den. Wie aber werden wir vernünftig mit unserer Freizeit umgehen, wenn wir nicht auch durch unsere kulturellen Angebote nachvollziehen, daß wir längst von der Erwerbsgesellschaft auf dem Weg zur Freizeitgesellschaft sind? Darauf muß eine zukunftsorientierte Kulturpolitik Antworten wissen.

Kulturelle Angebote werden immer nur freiwillig wahrgenommen. Es stellt sich also die Frage, ob es überhaupt erfolgreich sein kann, dem bequemen Konsumverhalten eine auf Eigeninitiative beruhende Freizeitgestaltung entgegenzusetzen. Ich bin eine Optimistin und glaube, daß der Mensch sich als kreatives Wesen behaupten wird, wenn die Schwelle der Überwindung so niedrig wie möglich angesetzt wird. Mit traditionellen kulturellen Angeboten allein ist diesen Herausforderungen nicht beizukommen.

Um Mißverständnissen vorzubeugen: wie ich bereits eingangs sagte, kann und darf es überhaupt nicht darum gehen, Traditionen zu brechen oder gar abzuschaffen. Im Gegenteil! Keine Generation hat das Recht, ihre Maßstäbe als die einzig wirklichen anzulegen und Gewachsenes, sich über Jahrhunderte Bewährtes aufzugeben. Es ist ein Teil unseres heutigen gesellschaftlichen Lebens und die Grundlage unserer Kultur. Für eine Stadt wie Hamburg heißt dies aber auch, immer gleiche Qualitätsstandards zu halten, die sich international messen können. Die Kulturpolitik in einem demokratischen Staat muß aber anders und vielfältiger aussehen als zu der Zeit, als große Teile des Volkes von Entscheidungs- und Teilhaberechten weitgehend ausgeschlossen waren. Deshalb müssen den bewährten traditionellen Einrichtungen neue hinzugefügt werden.

(-/16.1.1985/rs/ks)

+ + +

